

**Beschlussempfehlung und Bericht
des Finanzausschusses (7. Ausschuss)**

- a) zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksache 14/2611 –

**Jahreswirtschaftsbericht 2000 der Bundesregierung „Arbeitsplätze schaffen –
Zukunftsfähigkeit gewinnen“**

- b) zu dem Entschließungsantrag der Abgeordneten Ursula Lötzer, Rolf Kutzmutz,
Dr. Heidi Knake-Werner, Dr. Gregor Gysi und der Fraktion der PDS
– Drucksache 14/2721 –

**zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
– Drucksache 14/2611 –**

**Jahreswirtschaftsbericht 2000 der Bundesregierung „Arbeitsplätze schaffen –
Zukunftsfähigkeit gewinnen“**

A. Problem

Nach § 2 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der
Wirtschaft ist die Bundesregierung verpflichtet, einen Jahreswirtschaftsbericht
vorzulegen.

Nach Aussage des Entschließungsantrags der Fraktion der PDS in Drucksache
14/2721 ist der Jahreswirtschaftsbericht 2000 in Drucksache 14/2611 in be-
schäftigungspolitischer Hinsicht unzureichend.

B. Lösung

zu a) Kenntnisnahme der Unterrichtung durch die Bundesregierung
(Drucksache 14/2611)

Einstimmigkeit im Ausschuss

zu b) Ablehnung des Entschließungsantrags der Fraktion der PDS
(Drucksache 14/2721)

**Die Ablehnung erfolgte mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen
und den Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen
der Fraktion der PDS**

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. die Unterrichtung durch die Bundesregierung – Drucksache 14/2611 – zur Kenntnis zu nehmen,
2. den Entschließungsantrag der Fraktion der PDS – Drucksache 14/2721 – abzulehnen.

Berlin, den 5. Juli 2000

Der Finanzausschuss

Christine Scheel
Vorsitzende

Nina Hauer
Berichterstatterin

Heinz Seiffert
Berichterstatter

Dr. Barbara Höll
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Nina Hauer, Heinz Seiffert und Dr. Barbara Höll

1. Verfahrensablauf

Die Unterrichtung durch die Bundesregierung (Drucksache 14/2611) und der von der Fraktion der PDS vorgelegte Entschließungsantrag (Drucksache 14/2721) sind dem Finanzausschuss in der 87. Sitzung des Deutschen Bundestages am 17. Februar 2000 zur federführenden Beratung und dem Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, dem Ausschuss für Arbeit- und Sozialordnung, dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, dem Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, dem Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, dem Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder, dem Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, dem Ausschuss für Tourismus, dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und dem Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen worden.

Der Haushaltsausschuss, der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, der Ausschuss für Angelegenheiten der neuen Länder und der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung haben die Vorlagen in ihren Sitzungen am 15. März 2000 beraten. Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat die Vorlagen in seiner Sitzung am 22. März 2000 behandelt. Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie hat sich in seiner Sitzung am 17. Mai 2000 mit den Vorlagen befasst. Der Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und der Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union haben die Vorlagen in ihren Sitzungen am 7. Juni 2000 beraten. Der Ausschuss für Arbeit- und Sozialordnung, der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen und der Ausschuss für Tourismus haben sich in ihren Sitzungen am 28. Juni 2000 mit den Vorlagen befasst. Der Finanzausschuss hat sich in seiner Sitzung am 5. Juli 2000 mit den Vorlagen befasst.

2. Inhalt der Vorlagen

a) Jahreswirtschaftsbericht 2000 der Bundesregierung „Arbeitsplätze schaffen – Zukunftsfähigkeit gewinnen“ (Drucksache 14/2611)

Mit dem Jahreswirtschaftsbericht 2000 stellt die Bundesregierung gemäß § 3 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (StWG) gesamtwirtschaftliche Orientierungsdaten für das Jahr 2000 zur Verfügung und nimmt zum Jahresgutachten 1999/2000 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung Stellung. Gleichzeitig legt sie die von ihr verfolgte Wirtschafts- und Finanzpolitik mit folgenden Schwerpunkten dar:

- Zukunftsprogramm 2000 zur nachhaltigen Förderung der Beschäftigung durch
 - = solide Staatsfinanzen,

- = Bewältigung der Herausforderung des demografischen Wandels in den sozialen Sicherungssystemen,
- = ökologische Modernisierung der Wirtschaft,
- = weitere Unterstützung des Aufbaus in den neuen Ländern,
- = Steuerreform 2000,
- Strukturreform zur Aktivierung von Wachstums- und Beschäftigungspotenzialen,
- Fortsetzung der europäischen Steuerharmonisierung durch
 - = Bekämpfung des unfairen Steuerwettbewerbs,
 - = gemeinsame Regelung zur Umsatzbesteuerung des elektronischen Geschäftsverkehrs.

b) Entschließungsantrag der Fraktion der PDS zum Jahreswirtschaftsbericht 2000 der Bundesregierung (Drucksache 14/2721)

In ihrem Entschließungsantrag kritisiert die Fraktion der PDS den Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung 2000 als in beschäftigungspolitischer Hinsicht unzureichend. Sie fordert u. a. folgende beschäftigungspolitische Maßnahmen:

- Einstieg in einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor zur Bereitstellung von Leistungen in den sozialen, kulturellen und ökologischen Bereichen,
- gesetzliche Initiativen zur Verkürzung der Arbeitszeit,
- Verankerung der Beschäftigungsförderung als gleichrangiges Ziel der Europäischen Zentralbank neben Geld- und Preisstabilität.

Als steuerpolitische Maßnahmen werden gefordert:

- Verstärkung der Entlastung niedriger und mittlerer Einkommen,
- konsequenter Abbau bisheriger Steuerprivilegien,
- stärkere Beteiligung ertragsstarker Unternehmen und hoher Einkommen an der Finanzierung öffentlicher Aufgaben,
- Wiedereinführung der Vermögensbesteuerung auf reformierter Basis,
- Sicherung der Besteuerung von Zinseinkünften durch Kontrollmitteilungen,
- Einhaltung der gesetzlichen Prüfungsintervalle durch Verdopplung der Zahl der Betriebsprüfer,
- Einführung einer Devisentransaktionssteuer zur Einschränkung spekulativer Bewegungen auf den Finanzmärkten,
- Senkung der Mehrwertsteuer für arbeitsintensive Leistungen.

3. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

a) **Jahreswirtschaftsbericht 2000 der Bundesregierung „Arbeitsplätze schaffen – Zukunftsfähigkeit gewinnen“ (Drucksache 14/2611)**

Die mitberatenden Ausschüsse haben Kenntnisnahme der Vorlage empfohlen.

b) **Entschließungsantrag der Fraktion der PDS zum Jahreswirtschaftsbericht 2000 der Bundesregierung (Drucksache 14/2721)**

Die mitberatenden Ausschüsse haben Ablehnung der Vorlage empfohlen.

4. Ausschussempfehlung

Bei der Diskussion des Jahreswirtschaftsberichts 2000 der Bundesregierung im Finanzausschuss stellte die Fraktion der CDU/CSU den Zusammenhang dieser Vorlage mit dem Jahresgutachten 1999/2000 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Drucksache 14/2223) heraus. Sie verwies auf kritische Äußerungen des Sachverständigenrates zur Steuerpolitik der Bundesregierung, der z. B. die Auffassung vertreten habe, dass

- eine geschlossene Konzeption zur Steuerreform fehle,
- die Steuerentlastung der privaten Haushalte und der Unternehmen für eine Dynamisierung der Volkswirtschaft zu gering sei,
- verfassungsrechtliche, erhebungstechnische und ökonomische Probleme bei der Reform der Unternehmensbesteuerung bestünden.

Diese Aussagen des Sachverständigenrates sollten nach Ansicht der Fraktion der CDU/CSU von der Bundesregierung in der aktuellen Steuerdiskussion berücksichtigt werden.

Die Koalitionsfraktionen kritisierten diese Argumentation als selektive Betrachtung des Jahresgutachtens. Insgesamt gesehen gehe das Gutachten davon aus, dass die Steuerpolitik der Bundesregierung die gesamtwirtschaftliche Entwicklung positiv beeinflusse. Der Sachverständigenrat unterstütze zudem die von der Bundesregierung beabsichtigte Fortsetzung des Kurses der Haushaltskonsolidierung.

Bei der Beratung des Entschließungsantrags der Fraktion der PDS machten die Antragsteller ihre Ansicht deutlich, dass die von ihnen vorgeschlagenen Maßnahmen der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung positive Impulse gäben. Mit diesen Maßnahmen könne der von der Bundesregierung verfolgte wirtschafts- und finanzpolitische Kurs mit günstigem Beschäftigungseffekt korrigiert werden.

Der Ausschuss empfiehlt:

- Die Kenntnisnahme des Jahreswirtschaftsberichts 2000 der Bundesregierung „Arbeitsplätze schaffen – Zukunftsfähigkeit gewinnen“ (Drucksache 14/2611) mit den Stimmen aller Fraktionen,
- die Ablehnung des Entschließungsantrags der Fraktion der PDS zum Jahreswirtschaftsbericht 2000 der Bundesregierung (Drucksache 14/2721) mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion der PDS.

Berlin, den 5. Juli 2000

Nina Hauer
Berichterstatlerin

Heinz Seiffert
Berichterstatter

Dr. Barbara Höll
Berichterstatlerin

